

Das Gespräch führte Florian Bayer

Von 2012 bis 2014 leitete er das Institut für Höhere Studien, seit 2001 hat Christian Keuschnigg einen Lehrstuhl an der Universität St. Gallen. Für eine neue Studie modellierte der Tiroler Ökonom nun einen Pfad zur Budgetkonsolidierung, der möglichst wenig(en) wehtun soll. 

DIE FURCHE: Herr Keuschnigg, zwischen 2019 und 2021 sind die Staatsschulden um mehr als zwölf Prozent gestiegen – auf derzeit rund 83 Prozent des BIP. Wie dringend ist eine Reduktion nach der Pandemie?

Christian Keuschnigg: Grundsätzlich war es sehr gut, dass die Regierung so viel in die Wirtschaft investiert hat. Das war notwendig, sonst hätte es viele Pleiten und hohe Arbeitslosigkeit gegeben. Damit wir aber auch künftige Krisen meistern können, braucht es wieder einen Abbau der Staatsschuldenquote.

DIE FURCHE: Wie viel Zeit bleibt uns dafür?
Keuschnigg: Österreich steht im internationalen Vergleich gut da. Falsch wäre, wenn wir uns von einer Krise zur nächsten in immer höhere Schulden stürzen. Dann sind wir irgendwann in der Situation von Italien mit 150 Prozent Staatsschuldenquote. So weit sind wir aber noch lange nicht. Österreich war vor der Pandemie auf einem guten Weg in Richtung 60 Prozent. Bis wir am Ziel sind, wird es aber 15 bis 20 Jahre dauern.

DIE FURCHE: Ihre neue Studie schlägt mehrere Maßnahmen zur Schuldenkonsolidierung vor. Was war Ihre Grundüberlegung?
Keuschnigg: Dass die Regierung konsolidieren wird müssen, steht außer Frage. Offen ist, wie: mit dem Kürzen von Sozialleistungen, mit höheren Steuern? Oder auf eine sozial verträgliche und gleichzeitig wachstumsfreundliche Art? Unser Leitgedanke ist: aus den Schulden herauswachsen, anstatt sich herauszusparen.

DIE FURCHE: Damit könnten laut Ihren Berechnungen bis 2033 die Covid-Schulden zur Hälfte abgebaut sein. Was ist die wirksamste Maßnahme in Ihrem Reformpaket?
Keuschnigg: Die Anhebung des Pensionsalters, das im Schnitt noch deutlich unter 65 Jahren liegt. Wir müssen uns auf die Alterung der Bevölkerung vorbereiten. Wenn wir das tun, sichern wir das Pensionssystem, aber es hat auch einen großen Effekt auf die Stabilisierung der Staatsfinanzen.

DIE FURCHE: Die Pensionshöhe soll in Ihrem Modell unangetastet bleiben.
Keuschnigg: So ist es. Sie ist dann kein Problem, wenn sie die Pensionsbezieher bezahlen können, ohne dass man künftige Generationen vorbelastet. In der Realität ist es aber nicht so, der Staat muss viel Geld zuschießen. Deshalb braucht es ein höheres Eintrittsalter.

DIE FURCHE: Der zweite große Brocken, bei dem Sie ansetzen, ist das Steuersystem.
Keuschnigg: Ja. Die Bemessungsgrundlage bei der Einkommenssteuer wird oft unnötig reduziert, durch alle möglichen Abzüge. Man unterhöhlt damit tendenziell die Ver-

Die Pandemie hat die Staatsverschuldung in neue Höhen getrieben. Was tun? Ökonom Christian Keuschnigg über seine Vorschläge und die Schere zwischen Arm und Reich.

„Nicht in immer höhere Schulden stürzen“



Foto: Foto Wilke



Unter „Impfplotterien und Long-Covid-Budgets“ (26.1.2022) hat Wilfried Stadler das Thema Verschuldung kommentiert – siehe [furche.at](https://www.furche.at).



teilungswirkung – teilweise zugunsten der oberen Steuergruppen. Würden wir das 13. und 14. Gehalt besteuern wie jedes andere, könnte man die Steuersätze um rund vier Prozentpunkte senken – ohne dass die allermeisten Haushalte mehr zahlen müssten. Das wäre wachstumsfreundlich. Man könnte auch die Pendlerpauschale streichen, sie ist nicht gerade umweltfreundlich. Nicht jede Begünstigung ist gerechtfertigt, aber alle führen sie zu höheren Steuersätzen der Allgemeinheit. In unserem Szenario schaffen wir nicht alle Steuerbefreiungen ab, sondern reduzieren sie um etwa ein Viertel. Allein mit der Besteuerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld wäre das getan. Politisch mag das aber schwierig sein, denn in Österreich sind diese steuerfreien Bezüge heilig.

„Wesentlich ist eine Anhebung des Pensionsalters. Auch die Pendlerpauschale könnte man streichen – und Urlaubs- sowie Weihnachtsgeld besteuern.“

DIE FURCHE: Ist die ökosoziale Steuerreform ein Schritt in die richtige Richtung – auch hinsichtlich sozialer Verträglichkeit?
Keuschnigg: Aus Gründen der Umweltpolitik ist die Reform sicher notwendig, aber sie fördert nicht das Wachstum. Wir haben sie nicht in unsere Berechnungen eingebaut, denn uns geht es um Schuldenabbau durch Wachstum. Eine ökologische Steuerreform muss sich mit Effekten auf die Umwelt rechtfertigen, nicht mit Budgetkonsolidierung oder Wachstum.

DIE FURCHE: Manche Staaten, vor allem hochverschuldete wie Italien und Spanien, fordern eine Aufweichung des EU-Stabilitätspakts.
Keuschnigg: Man kann über die Maasrichtkriterien lang diskutieren, aber sie geben Staaten Zeit und fordern dennoch konkrete Ziele (max. 60 Prozent Staatsschuldenquote, max. drei Prozent Neuverschuldung pro Jahr, Anm. d. Red.). Insofern sind sie eine gute Leitlinie. Die Kriterien werden zwar vielfach verletzt, aber Öster-

reich hält sich im Wesentlichen daran; auch aus Eigeninteresse, damit der Staat, wenn es darauf ankommt, felsenfest dasteht.

DIE FURCHE: Lange haben die Zentralbanken Märkte und Staaten mit billigem Geld geflutet. Die nun drohende Zinswende spricht wohl auch für eine Konsolidierung.
Keuschnigg: Die Zinsen werden steigen, nicht so stark wie früher, aber doch. Das ist eine Herausforderung für alle Schuldner, auch den Staat. Viele werden sich überlegen müssen, ob sie einen Kredit wirklich aufnehmen können. Die Staatsschulden zu konsolidieren, ist eine vorbeugende Maßnahme, sich vor hohen Zinsen und dann fälligen Zahlungen zu schützen.

DIE FURCHE: Die Schere zwischen Arm und Reich ging in der Krise weiter auseinander. Gerade eben wurde bekannt, dass in Österreich das reichste Prozent der Bevölkerung bis zu 50 Prozent des Vermögens besitzt. Spricht das nicht für eine Vermögenssteuer?
Keuschnigg: Das ist eine weltanschauliche Frage: Wollen wir mehr oder weniger umverteilen? Vergessen darf man aber nicht: Wir haben bereits Vermögenssteuern: etwa die Kapitalerwerbssteuer, Grundsteuern bei Immobilien und andere. Auch jetzt wird schon stark umverteilt, vor allem über die progressive Einkommenssteuer und die vielen Transferleistungen, die unser hervorragendes Sozialsystem ausmachen. Das ist auch gut so.

DIE FURCHE: Wobei die Regierung gerade über eine Abschaffung der von Ihnen erwähnten Kapitalerwerbssteuer diskutiert. Wie stehen Sie selbst zur Vermögenssteuer?
Keuschnigg: Eine solche kann man in Grenzen schon machen. Allerdings ist Vermögen die Basis für viele Einkommen. Unsere Arbeitnehmer verdienen auch deswegen so gut, weil Unternehmer in Innovation investieren und so die Arbeitsproduktivität steigern. Deshalb sind Wettbewerbsfähigkeit und Löhne nach wie vor hoch. Das geht nicht ohne Vermögensbildung.

DIE FURCHE: Warum ist es dennoch für viele so schwer, sich ein Vermögen aufzubauen?
Keuschnigg: Die Umverteilung Richtung allgemeinen Wohlstands funktioniert ganz gut, die Besserverdiener zahlen deutlich mehr, alle am unteren Ende bekommen mehr heraus. Was viele übersehen: Wir zahlen zwar viel für unser Sozialsystem, es bietet aber auch enorm viel. Man muss nicht eigens sparen für die Altersvorsorge, denn das macht das Pensionssystem. Auch im Sozialsystem steckt viel Vermögen.

DIE FURCHE: Sehen Sie die Gefahr, dass die Regierung übersteuert und durch zu hohe Einsparungen die Wirtschaft wieder abwürgt?
Keuschnigg: Es ist eher umgekehrt: Jede Regierung schaut auf ihre Popularität, niemand will Steuern erhöhen. Grundsätzlich mache ich mir keine Sorgen, Österreich steht sehr gut da. Sollte es in den nächsten Jahren eine Rezession geben, müssen wir uns wieder herausinvestieren, danach aber auf den Konsolidierungspfad zurückkehren. So können wir krisenfest bleiben.